

DER GRÜNE BOTE



■ Bilanz der Gemeinderatwahl

Grüne fühlen Motivationsschub

Anderthalb Monate sind seit den baden-württembergischen Kommunalwahlen vergangen. In diesen Tagen tritt der Wiesenbacher Gemeinderat zum ersten Mal in seiner neuen Besetzung zusammen. Die Kommunalpolitik geht in eine neue Runde.

Die Wiesenbacher Bündnisgrünen steigen mit einem Motivationsschub in den Ring. Die Wählerinnen und Wähler haben der Partei mit der einen Hand einen Stoß in die Rippen verpaßt, nicht wirklich schmerzhaft, aber deutlich spürbar. Gleichzeitig klopfen sie den beiden Frontleuten im Gemeinderat aufmunternd auf die Schultern. Das ist die klassische Ausgangssituation dafür, sich ermutigt erneut engagiert für das Wohl der Gemeinde ins Getümmel zu stürzen.

So hat jedenfalls der Wiesenbacher Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen das Wahlergebnis verstanden. Bei einer für die Verhältnisse in unserer Gemeinde schon bedenklich niedrigen Wahlbeteiligung ist der Stimmenanteil für die Grünen von 21 Prozent auf 17 Prozent zurückgegangen, gleichzeitig erhielt der bündnisgrüne Gemeinderat Heinz-Ludwig Nöllenburg erneut die meisten Stimmen aller in den Rat gewählter Kandidaten und Kandidatinnen der verschiedenen Wahllisten. Sein Kollege Markus Bühler konnte nahezu doppelt soviel Stimmen wie bei seiner ersten Wahl vor fünf Jahren für sich verbuchen.

In der Diskussion des Wahlergebnisses bei dem öffentlichen Treffen des Ortsverbandes im No-

vember wurdendie Stimmenverluste für die Partei überwiegend der oft verkorksten Politik der rot-grünen Bundesregierung und der Bundestagsfraktion, sowie bestimmten Tendenzen in der Bundes- und Landespartei zugeschrieben. Mit der Unterstützung des Militäreinsatzes der NATO in Jugoslawien und dem Ausstieg aus der

Atomwirtschaft in 30 Jahren lassen sich keine neuen Wähler und Wählerinnen gewinnen, sehr wohl aber grüne Stammwähler vergraulen, die dann überwiegend zur „Partei der NichtwählerInnen“ abwandern.



Ein Teil der Stimmenverluste wurde aber auch auf Schwächen der örtlichen Arbeit zurückgeführt. Nach 15 Jahren Kommunalpolitik schleift sich so einiges ein, wird zur Routine.

Aus dieser Bilanz folgt für die Wiesenbacher Grünen: Ärmelaufkrepeln vor Ort, konsequent an der Umsetzung des Kommunalwahlprogramms arbeiten, verstärkt die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen, und sich nach Kräften in die innerparteiliche Debatte einmischen. Diese Ausgabe des „Grünen Boten“ bringt von dem neuen Motivationsschub hoffentlich schon etwas herüber.

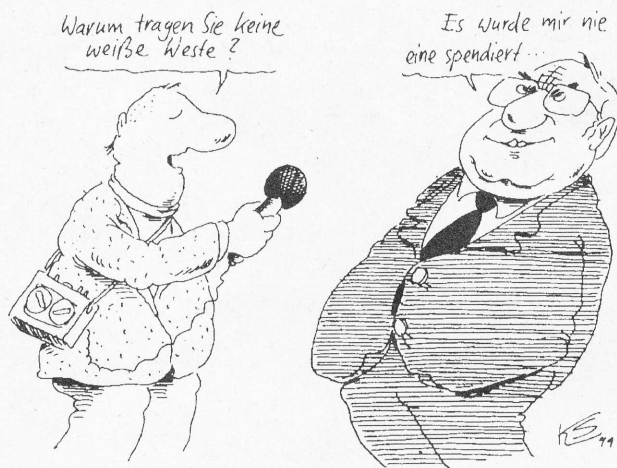
(red)

Im Brennpunkt

■ Ist das nix?

Beitragsatz sinkt auf 19,3 Prozent

Berlin (AP). Der Beitragsatz für die gesetzliche Rentenversicherung sinkt nächstes Jahr auf 19,3 Prozent. Das Bundeskabinett billigte den von Bundesarbeitsminister Walter Riester vorgelegten Rentenversicherungsbericht. Die Senkung wird durch Mehreinnahmen aus der Ökosteuer ermöglicht. 1998 lag der Beitragsatz dem Bericht zufolge noch um einen vollen Prozentpunkt höher, nämlich bei 20,3 Prozent. Für den Durchschnittsverdiener mache dies ein Plus von 272 Mark im Jahr aus, erklärte das Bundesarbeitsministerium.



■ Ist das nix?



Gerechtigkeit in der Steuerpolitik

Mit den bisherigen Beschlüssen zur Steuerpolitik hat die rot-grüne Bundesregierung wesentliche Schritte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit unternommen. In diesem Kontext ist die dreistufige Steuerreform 1999/2000/2002 mit Steuerentlastungen in Höhe von 53 Mrd. DM und gestrichenen „Steuerschupflöchern“ von 33 Mrd. DM ein wesentlicher Grundstein.

Leitlinien der rot-grünen Finanzpolitik sind die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, d.h. dass höhere Einkommen einen höheren Anteil an Steueraufkommen tragen, die Förderung von Familien, die Ökologisierung des Steuersystems und die Reduzierung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit, die Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik durch eine Unternehmenssteuerreform für kleine und mittlere Be-

triebe, mehr Transparenz im Steuerrecht, die Begrenzung des Steuersenkungswettlaufs in Europa und die Förderung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Kommunen und Ländern. Noch in dieser Legislaturperiode sollten wir unsere Vorstellungen für eine weitere Reform der Einkommensteuer konkretisieren. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, hohe Privatvermögen mit angemessenen Beiträgen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben heranzuziehen. Die nächste Chance, hier zu einer gerechteren Regelung zu kommen, bietet sich bei der Neubewertung der Bemessungsgrundlage für die Erbschaftssteuer. In diesem Rahmen werden sich die Grünen für höhere Beiträge hoher Erbschaften für gesamtstaatliche Aufgaben einsetzen. Ausreichend hohe Freibeträge müssen Unternehmensübergänge und die wirtschaftlichen Grundlagen persönlicher Lebensführung gewährleisten. Gegebenenfalls ist dazu eine Erhöhung der Freibeträge notwendig. Gleichzeitig sollen durch eine Modernisierung des Stiftungsrechtes die Anreize erhöht werden, privates Kapital für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Verteilungsgerechtigkeit bleibt zentrales Ziel einer Politik für soziale Gerechtigkeit. Bündnis 90/Die Grünen wollen außerdem eine Gleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkünften erreichen. Einer der besten Wege dazu ist mindestens eine EU-weite Regelung zur Besteuerung von Kapitaleinkünften. Es soll mehr Steuerehrlichkeit durch eine Novellierung der Abgabenordnung erreicht werden.

(Beschluss der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.1999, überarbeitet und gekürzt von Markus Bühler)

 **KORNBLUME** 
NATURKOST-NATURWAREN

Duftende Geschenkkideen
Duftmischungen ätherische Öle
Feng-Shui Brunnen
Körper- und Massageöle
Wohlbefinden für Körper und Seele

Wiesenbacher Str. 36

Neckargemünd

■ Ist das nix ?

Mehr Wohngeld

Was Schwarz-Gelb mehr als vier Jahre nur versprochen hat, bringt die Reformkoalition jetzt auf den Weg:

Ab dem Jahr 2001 wird es für den durchschnittlichen Wohngeldempfänger-Haushalt 83 DM mehr im Monat geben, Familien mit 2 Kindern erhalten im Durchschnitt sogar 104 DM mehr. Im Osten wird ein Absinken der Wohngeldleistungen verhindert, durch eine Härtefallregelung stellen wir sicher, das es bei der Umstellung auf ein gesamtdeutsches Wohngeldrecht keine Verlierer gibt. Ca. 1,5 Mio. einkommensschwache Haushalte werden von der Reform profitieren - das sind keine Peanuts, sondern eine wichtige und überfällige Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit kleinem Portemonnaie.

Finanziert wird die Reform durch eine Absenkung der Einkommensgrenzen in der Wohneigentumsförderung (Eigenheimzulage) auf 80.000 DM (Ledige) / 160.000 DM (Verheiratete) im Jahr plus 10.000 DM pro Kind. Diese Kürzung hat für den allergrößten Teil der Bauherren keine Auswirkungen. Nur 8% aller Bauherren (das sind 30.000 - 35.000) werden zukünftig keine Förderung mehr erhalten. Diese Haushalte können auch aus eigener Kraft bauen oder kaufen. Wir appellieren an die CDU-regierten Länder im Bundesrat, die Reform nicht zu blockieren. 1,5 Mio. einkommensschwache Haushalte brauchen diese Entlastung dringend. Die CDU darf sich hier nicht aus der Verantwortung stellen.

Franziska Eichstaedt-Bohlig MdB, wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Allen
Leserinnen und Lesern
des „Grünen Boten“
schöne Weihnachtstage
und einen
gewaltigen Rutsch ins
nächste Jahrtausend !!!

Unser Service für Sie :

**Neu & Gebrauchtwagenverkauf
Finanzierung & Leasing
Inzahlungnahme**

**Wartungs & Inspektionsarbeiten
TÜV & AU im Hause
Reifenservice
Unfallinstandsetzung
Achsvermessung
für fast alle Fabrikate**

**Renault-Service
Autohaus Franz Peuker GmbH
In der Au 7
69257 Wiesenbach
06223/5984**

Schmuckstudio Seiler 69257 Wiesenbach

Deywiesenstraße 1 / Hauptstr. 12

Telefon 06223 - 4845 87

- Aktuelle Kollektionen
von Gold / Silberschmuck
- Uhren
- Kinderschmuck
- Modeschmuck
- Neuanfertigungen
- Reparaturen
- Perlenkettenfäden
- Ohr / Nasenring stechen
- Batterien- und
Uhrarmbandwechsel

■ Neues Rechtsgutachten

Atomkraftwerke nach 25 Jahren nicht mehr gewinnträchtig

Mit seinem Gutachten zum Atomausstieg schwächt der Frankfurter Rechtswissenschaftler Erhard Denninger die Position der Atomindustrie. Nach 25 Kalenderjahren seien AKW in der Regel altersschwach und würden ihren Besitzern allmählich mehr Kosten als Gewinn beschern. Deswegen sei der Ausstieg nach dieser Frist rechtlich unbedenklich, schreibt Denninger, den Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) mit der juristischen Einschätzung beauftragt hatte. Denningers Gutachten bildet eine Basis für das Ausstiegsgesetz, an dem die rot-grüne Regierung gegenwärtig arbeitet.

Der Jurist, der an der Frankfurter Uni lehrt, schreibt, dass Atomkraftwerke in der Regel nicht so lange laufen, wie die deutsche Atomindustrie durchsetzen will.

Von insgesamt 14 AKW, die in den Industrieländern zwischen 1989 und 1997 stillgelegt wurden, seien 13 zwischen 15 und 24 Kalenderjahre am Netz gewesen.

Nur eines hätte 26 Jahre Strom produziert. Die deutschen Atomkonzerne wollen der Bundesregierung demgegenüber eine maximale Laufzeit von 35 Vollastjahren abringen. Das bedeutet 35 Kalenderjahre plus die Zeiten, in denen die Kraftwerke wegen Reparatur, Überprüfung oder Nachrüstung stillstanden.

In einzelnen Fällen können so reale Laufzeiten von vierzig Jahren oder mehr pro Anlage herauskommen. Denninger legt dar, dass ein normales Atomkraftwerk nach rund 20 Jahren seine Kosten erwirtschaftet hat und danach Gewinn abwirft. „Unter technologischen und wirtschaftlichen Aspekten“ sei die Betriebsdauer von 25 Kalenderjahren deshalb in „großzügiger Weise“ bemessen. Lege die Bundesregierung ihrem Ausstiegsgesetz also 25 Jahre zugrunde und berücksichtige eine Übergangsfrist von ein bis drei Jahren für die ältesten Kraftwerke, sei sie verfassungsrechtlich auf der sicheren Seite. Der Jurist geht davon aus, dass die Atomindustrie das Ausstiegsgesetz dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorlegen werde. Seiner Einschätzung nach wird das Oberste Gericht die Regelung aber passieren lassen.

„Die nachträgliche Befristung atomrechtlicher Genehmigungen ist nicht als Enteignung zu qualifizieren“, so Denninger. Zum Wohl der Allgemeinheit könne der Gesetzgeber den Eigen-

tümern von Atomkraftwerken durchaus Beschränkungen auferlegen. Ein Ausstiegsgesetz stimme mit dem Gemeinwohl überein, wenn es zum Ziel habe, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, das technische Risiko zu minimieren, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und die Sozialverträglichkeit der Energieversorgung zu sichern. ... Auch Bundeswirtschaftsminister Werner Müller - eigentlich ein Gegner der gesetzlichen Regelung - schließt inzwischen nicht mehr aus, dass es zu dem Gesetz kommt.

Hannes Koch, „Die Tageszeitung“, 18.11.1999

■ E-m@il nach Berlin

Bis 2002 was vom Netz

Die grünen Gemeinderäte Heinz-Ludwig Nöllenburg und Markus Bühler haben die folgende dringende Aufforderung an den Bundesvorstand der Partei, an die Bundestagsfraktion und an Bundesumweltminister Trittin gerichtet, die am 29.11.1999 in Berlin über die anstehende Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft beraten haben. Wie zu hören ist, hat es eine Flut ähnlicher Stellungnahmen von der Basis gegeben. Der Text erscheint in seiner Originalfassung mit e-mail-bedingter Rechtschreibung.

STELLT EUCH VOR, DIE LEGISLATURPERIODE GEHT 2002 ZU ENDE, UND ALLE AKWs SIND NOCH AM NETZ ...

liebe freundinnen und freunde,

das darf wegen der von den atommeilern ausgehenden gefahr nicht so kommen und auch nicht wegen der glaubwuerdigkeit unserer partei !!!

ihr muesst deshalb mit der spd zu einer loesung finden, die die endgueltige abschaltung von bestimmten atomreaktoren noch in dieser legislaturperiode vorsieht.

unsere gemeinde liegt in fahrradtourweite miten zwischen obrigheim, philippsburg und biblis. wir sind zu den kommunalwahlen im oktober mit einem programm angetreten, dass im rahmen des ausstiegs aus der atomenergie insbesondere die umgehende stilllegung des 30 km entfernten uralt-meilers obrigheim fordert. und wir stehen zu unserem programm.

wir haben als wieder zur wahl angetretene gemeinderaete persoendlich an stimmen zuge-

legt, während die Partei drei Prozent an Stimmen verloren hat. Dieses Ergebnis spricht für die Glaubwürdigkeit unserer Arbeit vor Ort bei den WählerInnen aber auch für den Verlust an Glaubwürdigkeit der Regierungspartei Bündnis 90/die Grünen in Berlin. Und unsere Gemeinde ist sicher kein Einzelfall. Denkt mal darüber nach!

mit grünen Grüßen

Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Gemeinderat

Markus Buehler
Heinz-Ludwig Noellenburg (Sprecher)
69257 Wiesenbach/Baden-Württemberg

Ein Weihnachtsgeschenk ...

Dieser Ausgabe des
„Grünen Boten“
liegt die

Zeitung für den Atomausstieg

bei.

Mit einer Auflage von bisher 600.000 Stück wird sie derzeit in der ganzen Republik verteilt. Herausgeber ist ein breites Bündnis aus der Anti-AKW-Bewegung.

■ Meinungen im Ortsverband I

Warum ich den Grünen empfehle, aus der Koalition mit der SPD sofort auszusteigen.

Viele Sympathisanten und Wähler der grünen Bewegung kommen und kamen so wie ich aus der Friedensbewegung, der Antiatomkraft-Bewegung, verschiedenen Bürger- oder Menschenrechtsgruppierungen und nach wie vor noch der ökologischen Bewegung, deren Namen die Partei ja auch trägt. In der Opposition hatte die Partei bundesweit stabile 7% mit steigender Tendenz. Im „Hick-Hack“ der einjährigen Regierungsbeteiligung hat die Partei inzwischen dermaßen Federn lassen müssen, auch bei ihren Stamm-

wählern, dass ich um ihr Überleben fürchte. Mir ist zwar bewusst, dass eine Koalition viele Kompromisse bedeutet, aber die grüne Handschrift ist bei den neuen Gesetzen zu wenig spürbar:

- ◆ Im ökologischen Bereich hat die Altauto-Verordnung horrenden Schaden in der Glaubwürdigkeit der grünen Partei angerichtet.
- ◆ Die Staatsbürgerschaft für unsere ausländischen Mitbürger wurde für Bürgerrechtler nicht zufriedenstellend geregelt.
- ◆ Die Beteiligung am Kosovo-Krieg ließ viele Friedensbewegte die Partei verlassen, die sich in der Abwägung „Keinen Krieg mit deutscher Beteiligung“ oder „Menschenrechtsverletzungen im Kosovo stoppen“ für das Erste entschieden haben.

Der „STERN“ hat vor wenigen Wochen eine Umfrage gestartet mit der Frage „Wie gerecht ist die Schröder-Regierung?“ Jeder von uns wird diesen Fragebogen sicher unterschiedlich beantworten, für mich ergab sich, dass ich von den 60 Gesetzen und Verordnungen immerhin 52 als gerechter einstufte, als die Ergebnisse der Regierung Kohl.

Lesen Sie weiter auf Seite 6



GETRÄNKE KERN

Breites Sortiment · Bester Service
Ihre Quelle gegen den Durst seit über 15 Jahren!

Getränke Kern GmbH
In der Au 8 · 69257 Wiesenbach
☎ (0 62 23) 4 03 55 · Fax 4 94 84

Spielwaren
Geschenkboutique
Zeitschriften

TOTO-LOTTO

Mittwoch-
nachmittags geöffnet

Schreib- und Bürobedarf

Hofbeck

Hauptstr. 12 · Wiesenbach · Tel.: 46333

Pro und Contra

Insofern hat die Koalitionsregierung bisher trotz allem einige, ja sogar viele Erfolge aus meiner Sicht erzielt.

Trotzdem haben die SPD und im Sog mit ihr "die Grünen" erhebliche Wahlschuppen im letzten Jahr einstecken müssen, und die Grünen befinden sich bundesweit an der 5% Grenze. Wenn z.B. die SPD den Verkauf der 1000 Panzer an die Türkei durchsetzt, werden m.E. wieder viele Friedensbewegte und Menschenrechtsfreunde die Partei verlassen oder, was schlimmer ist, sie nicht mehr wählen.

Dasselbe befürchte ich, wenn es der Partei nicht gelingt, in der Atomausstiegs-Politik Zeichen zu setzen und bald mit dem Ausstieg zu beginnen.

M.E. hat die Partei schon den Zeitpunkt verpasst, aus der Koalitionsregierung auszusteigen und Glaubwürdigkeit ihren Stammwählern gegenüber wieder zurückzugewinnen. "Atomausstieg" und "Panzerlieferung" sind für mich persönlich auch die Knackpunkte, die Grünen noch weiter zu unterstützen und zu wählen, wobei für mich die Panzer einen größeren Stellenwert haben als das eine oder andere Jahr Restlaufzeit der AKW's.

Heinz Lägler

(Nichtmitglied der Grünen, aber Gründungsmitglied des OV Wiesenbach und seither Ortskassier .)

■ Meinungen im Ortsverband II

Fortführung der grünen Regierungsbeteiligung: Ja bitte !

Ein Jahr nach dem Machtwechsel im Bund kommen wir an der Feststellung nicht vorbei, dass die bisherige Bilanz der rot-grünen Bundesregierung trotz richtiger Ansätze und mancher Erfolge nicht ausreichend überzeugen kann. Die Misserfolge der Regierung haben sich im öffentlichen Bewusstsein stärker festsetzen können als die Erfolge.

Niemand kann überrascht sein, dass Wirtschaftsfunktionäre, viele Lobbyisten und die konservative Opposition gegen die Regierung Front machen. Wenn aber breite Bevölkerungskreise bis weit hinein in die Anhängerschaften von SPD und Bündnisgrünen unzufrieden, verunsichert, ja z.T. verärgert sind, muss uns das be-

schäftigen.

So stand dieses Thema auch bei der November-Sitzung der Wiesenbacher Grünen auf der Tagesordnung.

Zunächst brach auch bei uns das große Lamentieren aus: alle Atomkraftwerke laufen weiter, soziale Ungerechtigkeit gibt es nach wie vor, die Gesundheitsreform scheint undurchsichtig und so gut wie gescheitert, und ein Panzer wurde in die Türkei geliefert! Das ist doch keine grüne Politik! So laufen uns die Wählerinnen und Wähler scharenweise davon! Also nix wie raus aus der Regierung und eine schöne, saubere Oppositionspolitik gemacht!

Dieser Meinung kann und will ich mich nicht anschließen!

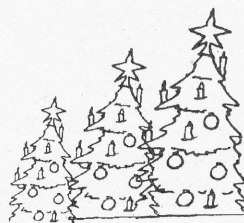
Für mich ist klar, dass Regieren mit Opposition zu tun hat; es gibt mehr Widerstand als von vielen gedacht - keiner kam, sah und siegte.

Die Grünen wurden in die Regierung gewählt. Sie wurden nicht als Alleinherrscher gewählt. Deshalb müssen sie sich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele mit vielfältigen Widerständen auseinandersetzen; Widerstände, aus den Reihen der CDU und FDP bzw. Widerstände, aus den Reihen der bereits oben erwähnten Wirtschaftsfunktionäre und Lobbyisten, die auf andere Weise in diesem Staat in den vergangenen Jahrzehnten zu Macht gelangt sind.

Deshalb ist es für mich persönlich absolut nicht überraschend, dass grüne Ziele in Regierungsbeteiligung nur in kleinen Schrittschritten durchsetzbar sind, dass es viel Zeit, viel Kraft und viel Durchsetzungsvermögen erfordert, bis deutliche Verbesserungen im grünen Sinne sichtbar sind. Daher habe ich durchaus Geduld mit unseren Regierungsvertretern. Ich bin überzeugt, auch in 4 Jahren ist es nicht möglich, unsere Republik völlig umzukrempeln. Aber: Bilanz ziehe ich nicht heute, und: als Bilanz erwarte ich auch keinen Traumstaat.

Während der Zeit der Regierungsbeteiligung halte ich es für wichtig, von der Basis her unsere Abgeordneten dadurch zu unterstützen, dass wir in jeder Situation auf die Durchsetzung grüner Ideen drängen. Dies ist kein „in den Rücken fallen“ dies ist ein „den Rücken stärken“.

Isabella Suske



■ Krieg in Tschetschenien

Russisches Vorgehen verurteilt

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P. haben zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht der auf Initiative der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag zu Stande kam.

In dem Antrag wird die tiefe Besorgnis des Bundestages über die massive Beschießung und Bombardierung der Städte und Dörfer

Tschetscheniens zum Ausdruck gebracht. Das russische Vorgehen wird als Verletzung des humanitären Völkerrechts und der OSZE-Prinzipien verurteilt, die unverzügliche Einstellung der Kämpfe und die Aufnahme von Verhandlungen über eine politische Lösung gefordert.

Wenngleich der Bundestag die staatliche Souveränität Rußlands über Tschetschenien anerkennt und staatliches Vorgehen gegen Terrorismus als berechtigt betrachtet, hält er den Einsatz militärischer Gewalt für nicht angemessen. Die russische Regierung wird deshalb aufgefordert, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen im OSZE-Verhaltenskodex und in den Genfer Rotkreuzvereinbarungen zu beachten.

Der Bundestag erwartet von der russischen Regierung, dass sie die auf dem Istanbuler OSZE-Gipfel vereinbarte Einschaltung der OSZE zur Beobachtung und Vermittlung ermöglicht. Der Bundestag verurteilt auch die Attentate auf Wohngebäude und ihre Bewohner in Rußland, die von der russischen Regierung - ohne dass bislang Beweise dafür vorgelegt worden wären - tschetschenischen Terroristen angelastet werden. Deshalb fordert der Bundestag die Verantwortlichen auf der tschetschenischen Seite auf, kriminelle Aktionen sofort einzustellen.

Besonderes Augenmerk richtet der Bundestag auf das Drama der Flüchtlinge. Mehr als 360 000 Menschen sind auf der Flucht. Diese Situation betrachtet der Bundestag als humanitäre Notla-



ge. Er fordert, dass die ungehinderte Flucht aus den Kampfgebieten in sichere Regionen gewährleistet wird, dass humanitäre Hilfe geleistet und internationalen Hilfsorganisationen gesi-

cherter Zugang zu den Flüchtlingen garantiert wird. Nach Ende der Kämpfe muss den Flüchtlingen eine sichere Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden. Darüber hinaus spricht sich

der Bundestag

für eine Initiative der Europäischen Union zur Konfliktbeilegung in Tschetschenien aus und für eine Überprüfung von Konsequenzen aus den fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien seitens des Europarates. Schließlich fordert er eine verstärkte finanzielle Unterstützung internationaler und deutscher Hilfe für die Flüchtlinge.

(Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.1999, überarbeitet und gekürzt von Markus Bühler)

Kurzkommentar

Es ist beruhigend, dass unsere Bundestagsfraktion endlich wieder geschlossen für die Einhaltung von Menschenrechten das Wort erhebt und den Einsatz militärischer Gewalt als nicht angemessen aburteilt.

Es klingt auch bekannter, wenn politische Lösungen eingefordert werden und nicht der Militärschlag als einziges Mittel dargestellt wird.

Die Frage bleibt, warum diese Forderungen nicht auch beim Kosovo-Krieg viel lauter seitens der Grünen formuliert wurden.

Heute wissen wir, dass es nicht nur ehrlicher sondern auch besser gewesen wäre.

Markus Bühler

Aus Wiesenbach

■ Abschied nach 20 Jahren

Ciao Wiesenbach

Auf den Punkt genau 20 Jahre habe ich mit meiner Familie nun in Wiesenbach gelebt.

Zuletzt sind meine Kinder in Baden-Württemberg (Neckargemünd) zur Schule gegangen, meine Frau hat in Rheinland-Pfalz gearbeitet und ich in Hessen. Dass dies keine Dauerlösung sein konnte, vor allem nachdem mir einer Schulleiterstelle übertragen wurde, ist nachvollziehbar.

Woran denkt man, wenn man nach 20 Jahren das Dorf mit dem grünen W im Wappen verlässt? Neben dem privaten Bereich ist dies für mich der politische Bereich. Ich darf es mir - mit aller Bescheidenheit - auf mein Konto schreiben, dass DIE GRÜNEN hier entstanden sind, jedenfalls zu dem frühen Zeitpunkt im Juni 1984. Die Anfangszeiten in enger Zusammenarbeit mit der Friedensgruppe waren nicht immer einfach am Ort und wir wurden teilweise ganz schön misstrauisch beäugt.

Es ist uns gelungen, zu einem stabilen Faktor in Wiesenbach zu werden. Unsere Wahlergebnisse können sich sehen lassen, unsere Gemeinderatsmitglieder sind im Dorf anerkannt. Als Bundestags- und Landtagskandidat durfte ich mich bei den Wahlen für herausragende Ergebnisse im Ort bedanken.

Sich politisch zu engagieren ist gegenwärtig leider nicht mehr modern. Dazu tragen nicht zuletzt Skandale wie die Parteispendenaffäre der CDU und von Altbundeskanzler Kohl bei. Falls unter den Lesern dieses Artikels junge WiesenbacherInnen sein sollten: engagiert euch trotzdem und helft Wiesenbach ein Stückchen schöner zu machen, natürlich am liebsten bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein Ortsverband, dessen politische Weste nach wie vor blütenweiß ist.

Um den Zustand der grünen Partei nicht schön zu reden: natürlich gibt es heftige Auseinandersetzungen um den Kurs. Ich persönlich bedauere die Haltung der Mehrheit zum Krieg mit der Bundesrepublik Jugoslawien. Auch das Einschwenken mancher Grüne auf den neo-liberalen Kurs ist für mich schmerzhaft. Für die wirtschaftsliberalen Vertreter besteht die erfahrungbarere Welt nur noch im Verschern von Marktgegenständen, seien es Unterhosen, Kampfbomber oder Fertigsuppen (siehe Robert

Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt Dezember 1999). Die unregulierte Marktwirtschaft ist in ihrer Tendenz polarisierend, sie macht die Armen ärmer und die Reichen reicher. Gerade in diesem Punkt würde ich mir wünschen, dass Wiesenbacher Christen diese Tendenz kritischer als bisher erkennen, denn der Kapitalismus war noch nie fähig, die von ihm hervorgebrachten Potenzen für die Verbesserung des Lebens aller Menschen einzusetzen.

Die Menschen werden über kurz oder lang merken, dass in dem Maße, wie die Bedeutung des Geldes steigt, ihre eigene Bedeutung sinkt.

Liebe Wiesenbacher, die GRÜNEN haben zu einer Reihe von Veränderungen hier am Ort beigetragen. Ein kleines Stück Veränderung ist auch der GRÜNE BOTE. Als wir in einer unserer ersten Ausgaben von Tempo 30 -Zonen geschrieben haben, fand dies eine Mehrheit am Ort noch absurd und inzwischen sind diese längst Wirklichkeit geworden.

Ich bin überzeugt davon, dass viele unserer Forderungen noch umgesetzt werden und so wird der Obrigheimer Schrottreaktor in absehbarer Zeit vom Netz gehen, entweder durch Gerichtsbeschluss oder durch politische Entscheidung. Für den GRÜNEN BOTEN habe ich manches Lied und manchen Artikel geschrieben, nicht immer haben diese alle erfreut - sorry.

Ich werde Wiesenbach - weitaus überwiegend - in angenehmer Erinnerung behalten.

Peter Kühn

■ Die Bach

Ein Blick lohnt sich

Kennen Sie nicht auch den Blick in die Bach um festzustellen, ob es in der Nacht viel oder wenig geregnet hat? Das wird wegen des Dammes nicht mehr so deutlich zu sehen sein. Aber dafür gibt es vielleicht ja vieles andere zu sehen. Was passiert mit dem vielen Herbstlaub, das nun nicht mehr weggeschwemmt wird? Wachsen mit der Zeit mehr Pflanzen an den Böschungen? Werden es mehr oder weniger Forellen? Fühlt der Eisvogel sich weiterhin wohl? Oder ändert sich vielleicht gar nichts?

Ich denke es lohnt sich, ab und zu einen Blick in die Bach zu werfen!

Conny Brandt

■ Wahl des Bürgermeisterstellvertreters

Der zweite Mann im Dorf

Wie inzwischen sicherlich schon mehrfach der Presse zu entnehmen war, hat der neue Gemeinderat als erste Handlung in geheimer Abstimmung am 02.12.1999 Herrn Gemeinderat Kurt Schwerdt (FWV) zum 1. Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt.

Seit langer Zeit mußte diese Position und die des 2. Stellvertreters mal wieder durch eine Wahl besetzt werden, da sich die Fraktionen nicht, wie bei der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse, im Vorfeld auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen konnten.

Wir Grünen im Gemeinderat vertraten die Auffassung, daß Friederike Müller (SPD) für die nächste Legislaturperiode 1. Stellvertreterin werden sollte. Nicht weil im Bund mit der SPD koalitiert wird und wir hier nacheifern wollten, sondern weil Frau Müller seit vielen, vielen Jahren 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters war und insofern über reichlich Erfahrung und außerdem über genügend Fähigkeiten für einen derartigen Posten verfügt. Wir hätten es als nur folgerichtig betrachtet, wenn diese langjährige Gemeinderätin nach dem Ausscheiden von Karl Berberich seine Stelle eingenommen hätte.

Gut zu Gesicht wäre Wiesenbach auch gestanden, die inzwischen einzige Frau im Rat an diese Position zu wählen.

Die neue Mehrheit im Rat hat Kurt Schwerdt gewählt und wir gratulierten ihm natürlich dazu. Erfreulich war, daß Friederike Müller einstimmig jedenfalls im Amt der 2. Stellvertreterin bestätigt wurde, wofür sie auch unsere Glückwünsche entgegennehmen durfte.

Unter dem Aspekt, daß unser Gemeinderat Ludwig Nöllenburg zum wiederholten Male die meisten Stimmen aller KandidatInnen bei der Kommunalwahl erhalten hat und auch bei der vergangenen Bürgermeisterwahl ein riesiges Vertrauen durch die Bevölkerung ausgesprochen bekam, hätte auch er zur Diskussion in diesem Personalpoker stehen können. Wir sind aber der Gepflogenheit gefolgt, als kleinste Fraktion im Gemeinderat hier keinen Anspruch anzumelden.

Markus Bühler

☛ Vorbildlich

Der PKW der Gemeindeverwaltung ist den Weg alles Zeitlichen gegangen, und es soll kein neuer angeschafft werden. Der Wagen wurde zu wenig gebraucht, sagt der Bürgermeister. Die Rathäuser unternehmen Dienstfahrten jetzt mit dem eigenen Auto. Es sollen sogar schon welche auf dem Fahrrad gesehen worden sein.





Seppi's
Backstube

inh. Josef Pretsch

Sinsheim-Waldangeloch
 Buheckernweg 3
 ☎ (07265) 49081

Filialen:
 Wiesenbach • Hauptstraße 21
 ☎ 06223/49778
 Eichenberg • Obere Klosterstraße 15
 ☎ 07259/2210
 Adelshofen • Richener Straße 1
 ☎ 07262/4939

Die letzte Seite

■ Schildbürgerstreich

„Tempo 30“ durch „Tempo 30“ ersetzt

Die Vorgeschichte: Etliche Autofahrer wurden an einer Stelle wegen zu hoher Geschwindigkeit „geblitzt“, an der sie mit derlei Unbill überhaupt nicht gerechnet hatten. Darunter auch Gemeinderäte.

Der Ort des Geschehens: Die Straße durch das Gewerbegebiet „In der Au“ im wilden Grenzland zwischen Wiesenbach und Bammental. Einem „geblitzten“ Gemeinderat aus einer neuerdings besonders großen Fraktion stieß die „Wegelagerei“ der Geschwindigkeitskontrollure besonders auf. Schnell war die Ursache des Problems ausgemacht: das Verkehrsschild „Zone 30“. Das mußte weg. Ein im April mit dem Wohlwollen des Bürgermeisters eingebrachter entsprechender Antrag im Gemeinderat fand dort dennoch keine Mehrheit. Zur Beruhigung der Gemüter beschloß der Rat, per Zusatzschild vor Radarkontrollen zu warnen.

Dann plötzlich im November: Die Verkehrskommission des Landratsamtes war wieder einmal in Wiesenbach unterwegs, unter kundiger Führung aus dem Rathaus. Diesmal entdeckte sie „In der Au“ die dortige 30 km-Zone und stellte sofort fest, daß eine solche Zone im Gewerbegebiet nicht eingerichtet werden darf. Das dort (seit einigen Jahren) aufgestellte Schild müsse weg.

Im Gemeinderat stieß diese Entscheidung auf Unverständnis - bei der Mehrheit. Der Bürgermeister erklärt auf Befragen: „Zone 30“ geht nicht, aber eine „normale“ Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/Std. Die wird dann auch beschlossen, das Tempolimit erneut bestätigt, diesmal mit einem anderen Verkehrsschild. Heiliger Bürokratismus, was muß man zuweilen für einen guten Zweck tun. (In)

Termine

19. Januar 2000, 20:00 Uhr

Bilanz der rot-grünen Bundesregierung
Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenz

09. Februar 2000, 20:00 Uhr

Kommunalpolitisches Thema: Langenzell

Gemeinsame Veranstaltung
zur Gesundheitspolitik mit OV Bammental,
Februar/März,
genauer Termin wird noch bekanntgemacht

15. März 2000, 20:00 Uhr

Strukturreform der Partei
Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz

12. April 2000, 20:00 Uhr

Diskussion der aktuellen Beschlüsse
der Bundesdelegiertenkonferenz

10. Mai 2000, 20:00 Uhr

Kommunale Jugendpolitik

Wenn nicht anders angekündigt treffen wir uns im Balkangrill „Löwen“, Hauptstraße 67. Unsere Termine sind öffentlich. Alle interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen.

Adressen

Vorsitzende des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90 / Die Grünen:

Ingrid Hofmann
Panoramastraße 40 Telefon: 46833
e-mail: B.Hofmann-FOKUS.PE@t-online.de

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Markus Bühler
Hauptstraße 53
Telefon: 970293 Fax: 970295
e-mail: markus.buehler@t-online.de

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Schillerstraße 52
Telefon: 484121 Fax: 972313
e-mail: heinz-ludwig.noellenburg@t-online.de

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung
des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90/Die Grünen.
DER GRÜNE BOTE erscheint seit 1985. Jährlich werden
mindestens drei Ausgaben herausgebracht und
mit einer Auflage von 1300 Stück

kostenlos in alle Wiesenbacher Haushalte verteilt.

REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann
und Heinz-Ludwig Nöllenburg

V.i.S.d.P.: Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
69257 Wiesenbach
Tel: 06223-46833 Fax: 06223-972071
eMail: B.Hofmann-FOKUS.PE@t-online.de

ANZEIGEN: Martin Suske
In der Au 36
69257 Wiesenbach
Tel: 06223-47522 Fax: 06223-971185

DRUCK: MK Druck GmbH, 74927 Eschelbronn
Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion dar.